

ANDREAS KOSSERT

## „FREMDVÖLKISCHES EINBRUCHSGEBIET“

### RADIKALISIERUNG DER NATIONALSOZIALISTISCHEN MASURENPOLITIK IM ZWEITEN WELTKRIEG

„Als Deutsche haben wir deutsch zu sprechen. Nach dem, was im vergangenen Jahr das großmäulige und unfähige polnische Volk, getrieben von den ihm innewohnenden verbrecherischen Haßinstinkten, deutschen Menschen angetan hat, muß die letzte Erinnerung an diese schlimmste Zeit [als die polnische Sprache in Masuren vorherrschte] in der Geschichte des deutschen Ostpreußen endgültig mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. Kein polnisches Wort darf mehr über die Lippen eines deutschen Ostpreußens kommen.“<sup>1</sup>

In ultimativer Deutlichkeit forderte der „Masurische Volkskalender“ für 1941 die endgültige Tilgung aller Spuren, die an einen kulturellen Sonderstatus in der historischen Grenzregion Masuren erinnern könnten. Dabei kritisierte der Verfasser die jahrhundertlange Toleranz der preußischen Behörden als „Gleichgültigkeit“.<sup>2</sup> Diese galt lange Zeit insbesondere in Kirche und Schule gegenüber den polnisch- und litauischsprachigen Untertanen. Nach dem Überfall auf den unmittelbaren Nachbarn Polen im September 1939 gab es jedoch keine Rücksichtnahme mehr auf polnischsprachige Masuren, die bis zu diesem Zeitpunkt noch Gottesdienste in ihrer Muttersprache besuchen konnten, oder auf äußere Kritiker einer radikalen Germanisierungspolitik.

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwieweit das mit Kriegsbeginn einsetzende, enthemmte und rücksichtslose Vorgehen sowohl von örtlichen als auch übergeordneten NS-Stellen und Behörden gegen die masurische Bevölkerung Ostpreußens mit dem Kriegsgeschehen

---

<sup>1</sup> Masurisch oder polnisch? Eine selbstverständliche Verpflichtung, in: *Masurischer Volkskalender*. 1941, Allenstein 1940, S. 61–63, hier S. 62.

<sup>2</sup> Ebd., S. 61–63.

und der Annexion der polnischen Nachbarregionen in Masowien im Zusammenhang steht. Dabei wird untersucht, in welchem Maße die Angliederung des Regierungsbezirks Zichenau diese Radikalisierung auslöste und welche anderen Faktoren zu dieser Entwicklung beitrugen.

### Masuren nach 1933

Ostpreußen als östlichste deutsche Provinz galt seit dem Ende des Ersten Weltkriegs als ein Zentrum im deutsch-polnischen Konflikt. Dabei stand die ethnische und territoriale Frage im Raum, weil Polen nach 1918 große Teile Ostpreußens als ethnisch polnisch beanspruchte. In der Volksabstimmung am 11. Juli 1920 hatte sich jedoch eine überwältigende Mehrheit der abstimmungsberechtigten Bevölkerung für einen Verbleib bei Deutschland ausgesprochen. Der Abstimmungsbezirk lag vorwiegend in der südlichen Grenzregion Masuren, in der seit Jahrhunderten eine polnischsprachige, aber zugleich evangelische und preußisch-konservative Bevölkerung lebte. Seit dem 19. Jahrhundert setzten die preußisch-deutschen Behörden auf eine konsequente Assimilationspolitik in Schule und Kirche, die von der örtlichen Bevölkerung weitgehend mitgetragen wurde. Nicht zuletzt der Erste Weltkrieg, in dem Ostpreußen als einzige deutsche Landschaft schwer heimgesucht wurde, und die Volksabstimmung 1920 verhalfen der preußisch-deutschen Identität der Masuren endgültig zum Durchbruch. Seit spätestens 1932 feierte die NSDAP in Masuren fulminante Wahlerfolge, obwohl die dortige ethnische Struktur ganz und gar nicht dem nationalsozialistischen Volkstums- und Rassebegriff entsprach.<sup>3</sup>

Nach 1933 verliefen zwei parallele Entwicklungen: Es kam zu einer wirtschaftlichen Blütezeit, von der die Bevölkerungsmehrheit entscheidend profitierte, während gleichzeitig volkstumspolitische Maßnahmen initiiert wurden, die auf die Liquidierung aller polnisch-masurischen Wurzeln abzielten. Weimar bot den konservativen Masuren keine Identifikationsmöglichkeiten, weshalb sie weiterhin auf deutsch-nationale und monarchistische Parteien setzten. Diese wurden jedoch spätestens 1932 von der NSDAP abgelöst. Der Grund lag darin, dass auch die konservati-

---

<sup>3</sup> Vgl. ausführlich zur Geschichte Masurens im deutsch-polnischen Konflikt, insbesondere zur Geschichte des Nationalsozialismus: ANDREAS KOSSERT, Masuren. Ostpreußens vergessener Süden, München 2001; DERS., Preußen, Deutsche oder Polen. Die Masuren im Spannungsfeld des ethnischen Nationalismus 1870–1956, Wiesbaden 2001.

ven Parteien die weiterhin bestehende Deklassierung und fehlenden Partizipationsmöglichkeiten der Masuren zementierten. Zudem verstand es die NSDAP bereits frühzeitig, den Unmut über die verfehlte Strukturpolitik der großagrarischen Deutschnationalen Volkspartei Ostpreußens in Masuren für ihre Interessen zu nutzen.

Nach 1933 vollzog sich in Masuren ein beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung, wobei die NS-Agrarpolitik anders als in der Weimarer Republik erstmals den Bauern vor Ort zu Gute kam.<sup>4</sup> Eine Absatzgarantie mit fixierten Abnahmepreisen gewährte ihnen einen größeren Kalkulationsspielraum, das Meliorationswesen wurde verbessert, neue Nutzflächen geschaffen und auswärtige Arbeitskräfte durch den Reichsarbeitsdienst (RAD) zur Verfügung gestellt. Die Entschuldungsprogramme der Nationalsozialisten verbesserten die finanzielle Liquidität der Bauern. Dadurch wurden Neuinvestitionen und die Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebsgebäude ermöglicht. Für das Selbstwertgefühl der von Versteigerung ihrer Höfe bedrohten Bauern spielten diese Stabilisierungsmaßnahmen eine enorme Rolle.<sup>5</sup> Im großen Seengebiet zwischen Lötzen (Giżycko), Sensburg (Mrągowo) und Angerburg (Węgorzewo) gewann der Fremdenverkehr an Bedeutung, der der regionalen Wirtschaft zusätzliche Impulse verlieh. Auch das zum „Reichsehrenmal“ erhobene Tannenberg-Denkmal zog zahlreiche Besuchergruppen an.

Die wirtschaftlichen Erfolge waren allgemein spürbar. Von der neuen finanziellen Liquidität der masurischen Bauern profitierte auch das direkt von den landwirtschaftlichen Kunden abhängige städtische Gewerbe. Die Kommunalbehörden konnten durch ein erhöhtes Steueraufkommen die Verbesserung der Infrastruktur angehen. Im Straßenbau, der erstmals entlegene masurische Dörfer enger an die lokalen Zentren anband, wurde der RAD eingesetzt. Mit den sichtbaren ökonomischen und sozialen Erfolgen nahm auch die Attraktivität der deutschen Sprache und Kultur zu. Die Behörden und Verbände bemühten sich, diesen Prozess nach Kräften zu unterstützen. Jährlich kamen zum Beispiel 1.000 Studenten der Universität Tübingen zum Ernteeinsatz in den Kreis Ortelsburg (Szczytno). Durch die Verpflichtung des Arbeitsdienstes und vieler Studenten im

---

<sup>4</sup> BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, *Kształtowanie się postaw politycznych ludności Mazur w okresie międzywojennym*, in: *Zagadnienia narodowościowe w Prusach Wschodnich w XIX i XX wieku*, hg. v. JANUSZ JASIŃSKI, Olsztyn 1993, S. 121–131, hier S. 128.

<sup>5</sup> Ebd., S. 129. Koziell-Poklewski nannte u. a. den am 14. Februar 1933 verfügten Vollstreckungsschutz, der Zwangsversteigerungen verhinderte, und das „Gesetz zur Regelung der landwirtschaftlichen Schuldverhältnisse“ vom 1. Juni 1933, welches eine umfassende Entschuldung der Bauern vorsah.

Ernteeinsatz sollten traditionelle masurische Milieus aufgelöst werden. Dieser Trend wurde durch weitere Maßnahmen verstärkt, unter anderem durch Kinderlandverschickungen und Parteischulungen.<sup>6</sup>

Neben den wirtschaftlichen Maßnahmen offerierten die neuen Machthaber ein konkretes Angebot für die Masuren: die Integration in eine deutsche „Volksgemeinschaft“. Spätestens seit Hitlers Masurenreisen im Wahlkampf 1932 bot die NSDAP der Bevölkerung die vermeintliche Chance, ihren Status als Deutsche zweiter Klasse zu überwinden. Die neue Bewegung proklamierte die Auflösung alter Klassen- und Kulturregentsätze zugunsten einer deutschen „Volksgemeinschaft“. Dieser Aspekt spielte für das Verständnis der damaligen Stimmungslage eine wichtige Rolle. In Masuren implizierte die soziale Dynamik auch eine nationale und soziokulturelle Dimension, die die Jahre der Lethargie und der peripheren Randlage als umstrittenes Gebiet zugunsten eines neuen „Wir-Gefühls“ vergessen ließen. Die Parteigliederung bot ihnen neue Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten. Erstmals stand den Masuren die Möglichkeit offen, in höhere Positionen aufzurücken, die bis dahin nur Angehörigen der traditionellen deutschen Elite vorbehalten waren. Bereits vor 1933 verzeichnete die SA bei der masurischen Jugend einen hohen Organisationsgrad.<sup>7</sup> Viele Parteaktivisten der SA und NSDAP gelangten nach der Machtübernahme in lokale Ämter. Eine Reihe verdienter Partefunktionäre trat als neue Bürgermeister und Landräte ihren Dienst an, was einen bescheidenen Elitenaustausch mit sich brachte. Erstmals bekleideten Masuren höhere Ämter, etwa als leitende Kommunalbeamte, Bauernführer oder Kreisleiter.<sup>8</sup>

Bei der Bewertung der NS-Politik und ihrer positiven Rezeption in der masurischen Bevölkerung darf jedoch nicht vergessen werden, dass fast

<sup>6</sup> BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, Przyczynki do działalności służby pracy w Prusach Wschodnich w latach 1931–1935, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1977, Nr. 3/4, S. 391–402, hier S. 399. Vgl. den Bericht einer Schwäbin, die in Sendrowen (Sędrowo), Kreis Ortelsburg, als Erntehelferin eingesetzt war: MARIANNE GÜNTHER, Erntehilfe in Ostpreußen, in: Frauenlob 35 (1938), S. 78–81.

<sup>7</sup> DIETER HERTZ-EICHENRODE, Die Wende zum Nationalsozialismus im südlichen Ostpreußen 1930–1932. Zugleich ein Beitrag zur Geschichte des Masurentums, in: Olsztyńskie Studia Niemcoznawcze 1 (1986), S. 59–114, hier S. 104–107; BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, Narodowa Niemiecka Partia Socjalistyczna w Prusach Wschodnich 1921–1933, Olsztyn 1995, S. 97–109.

<sup>8</sup> Vgl. ADALBERT JOSEF NOBIS, Die preußische Verwaltung des Regierungsbezirks Allenstein 1905–1945, München 1987, S. 96–155. Vgl. dazu auch die ausführliche Studie von CHRISTIAN ROHRER, Nationalsozialistische Macht in Ostpreußen, München 2006.

alle wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Maßnahmen dem Ziel der vollständigen sprachlichen und kulturellen Assimilierung dienten. Bedingt durch die jahrzehntelange Germanisierungspolitik seit dem Kaiserreich sowie den scheinbaren wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt standen die Masuren der Vernichtung ihrer eigenen Kultur entweder passiv gegenüber oder stellten sich sogar aktiv in den Dienst dieser Politik. Aufgrund der prodeutschen Loyalität der masurischen Mehrheit bestand kaum ein Bedürfnis, gegen diese Maßnahmen Widerstand zu leisten.

Anders verhielt es sich mit der polnischen Sprache als Kommunikationsmittel im Alltag, die sich auch nach 1933 in den ländlichen Milieus behaupten konnte. Trotz der loyalen Haltung gegenüber dem Staat können über den Verbreitungsgrad der Sprache auch Rückschlüsse auf die Assimilierungserfolge bei den Masuren gezogen werden. Aus den vorhandenen Quellen lässt sich unschwer die permanente Angst der Behörden vor einer Renaissance des Polnischen erkennen. Die Mehrzahl der überlieferten Berichte wurde nicht für propagandistische Zwecke angefertigt, sondern spiegelt vielmehr die interne Sorge der Behörden über den andauernden Gebrauch der polnischen Sprache auf dem Lande wieder. Daran zeigt sich deutlich, dass trotz aktiver Partizipation vieler Masuren in den NS-Gruppierungen die polnische Sprache überdauerte und ihr Gebrauch für viele keinen Widerspruch zur offiziellen Ideologie darstellte.<sup>9</sup> Auch die Gerichte verfügten in den dreißiger Jahren noch überall über polnische Dolmetscher.<sup>10</sup> Eine ehemalige RAD-Helferin berichtete über ihren Aufenthalt in Roggen (Róg), Kreis Neidenburg (Nidzica), sie habe Personen getroffen, die „nie ein deutsches Wort“ gesprochen hätten.<sup>11</sup> Da die offiziellen Statistiken ideologische Wunschvorstellungen beinhalteten, erweisen sie sich für die Rekonstruktion der Sprachverhältnisse als unbrauchbar. Zwar waren fast alle Masuren bereits zweisprachig, doch konservierte sich die polnische Sprache in den Familien, die fast überall drei Generationen vereinte. Mit den Großeltern wurde auch bis 1945 fast immer Polnisch gesprochen.<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Dazu ausführlich mit zahlreichen konkreten Beispielen: KOSSELT, Masuren; DERS., Preußen, Deutsche oder Polen, S. 231–243.

<sup>10</sup> AUGUST SCHALL, Ausbildung von Dolmetscherinspektoren am Landgericht Lyck, in: Hagen-Lycker Heimatbrief, 1995, Nr. 53, S. 137.

<sup>11</sup> OTILA SCHWAB-REINWALD, Erinnerungen an Ostpreußen, in: Neidenburger Heimatbrief, 1995, Nr. 105, S. 25–30, hier S. 28.

<sup>12</sup> INGE WITTE, Kindheitserinnerungen an Rogonnen und Masuren, in: Treuburger Heimatbrief, 1998, Nr. 35, S. 74–77.

Wie verbreitet die polnisch-masurische Sprache trotz offizieller gegen seitiger Darstellungen gewesen sein muss, zeigen einige Beispiele aus NSDAP-Organisationen. In Barranowen (Baranowo), Kreis Sensburg, ereignete sich 1934 ein Vorfall im örtlichen Gasthaus, der aktenkundig wurde. Masurische Arbeiter hatten mit steigendem Alkoholkonsum in die polnische Sprache übergewechselt, wobei es zu einer Auseinandersetzung zwischen NSDAP-Anhängern und Gegnern kam. Der Vorfall erregte großes Aufsehen in den Behörden bis hin zur Kreisleitung Sensburg. In der Berichterstattung rückte die Partei allerdings die regimekritische Äußerung in den Mittelpunkt.<sup>13</sup> Alle beteiligten SA-Männer und ihre Gegner waren einheimische evangelische Masuren unter 35 Jahren. Durch dieses Beispiel wird die von der Propaganda immer wiederholte These, Polnisch sei nur noch die Sprache der alten Leute gewesen, erheblich in Frage gestellt. Auch in anderen Versammlungen wurde vielfach auf die polnische Sprache zurückgegriffen. In Schuttschen (Szuc), Kreis Neidenburg, hielt der Ortsbauernführer 1936 die Bauernversammlungen in polnischer Sprache ab.<sup>14</sup>

Wie sehr die NSDAP versuchte, den Gebrauch der polnischen Sprache zu unterbinden, dokumentiert ein Kreisbefehl der NSDAP Sensburg 1936, der sich intern an alle Hoheitsträger der Partei im Kreisgebiet richtete:

„Die Gliederungen der Partei und angeschlossenen Verbände sind darauf hingewiesen, daß bei allen Dienstversammlungen die deutsche Sprache gesprochen wird, und nicht der masurische Dialekt. In dieser Hinsicht ist fortgesetzte Erziehungsarbeit zu leisten.“<sup>15</sup>

Die NS-Deutschstumsorganisation Bund Deutscher Osten (BDO) besaß in jedem Dorf Vertrauensmänner, die den Gebrauch der polnischen Sprache beobachteten. 1937 meldete eine BdM-Webelehrerin in Schuttschen, Kreis Neidenburg, in ihrem Kurs werde „noch schrecklich viel polnisch gesprochen“. Der BDO zeigte sich entrüstet über „die Unsitte des Gebrauchs der

<sup>13</sup> Archiwum Państwowe w Olsztynie [Staatsarchiv Allenstein] (hiernach: APO), 16/9, Gendarmerieposten Alt-Kossewen an Landrat, Kossewen (Kosewo), 29. März 1934. Verhandlungsprotokolle.

<sup>14</sup> JAN CHŁOSTA, Czasopismo „Mazur“ z lat 1928–1939. Podstawy finansowe, dodatki i przesładowania pisma, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1976, Nr. 4, S. 523–536, hier S. 532.

<sup>15</sup> APO, Kreisbefehle der NSDAP-Kreisleitung Sensburg [ohne Signatur], Kreisbefehl 5/36, Sensburg, 17. April 1936, Betr. Masurischer Dialekt.

masurischen Sprache innerhalb der Partei und ihrer Gliederungen“.<sup>16</sup> Der Sensburger BDO-Kreisleiter wiederholte die Anweisung, auf offiziellen Veranstaltungen die polnische Sprache zu vermeiden, konstatierte jedoch fast resigniert:

„Wenn aber mal [ein] paar Schnäpse getrunken sind, sind Befehle leicht vergessen und der innerlich treudeutsch gesinnte Masure gebraucht dann ebenso den heimischen Dialekt, wie es bei ähnlichen Gelegenheiten der Berliner oder Kölner auch macht. Dieser masurische Dialekt ist aber noch lange nicht ausgestorben, wie man im Reiche vielfach wähnt. Er lebt im Familienkreise, im Krüge und auf den Märkten.“<sup>17</sup>

In Hohenstein (Olsztynek) führte die Aktivität des BDO-Aktivisten und Lehrers Schröder zur Diskriminierung polnischsprachiger Bewohner. In einer Flugblattaktion hielt Schröder die Verteiler aus dem Jungvolk an, allen polnischsprechenden Passanten „entweder mit einem Gruß vom Bund Deutscher Osten ein Handblatt“ auszuhändigen oder sie aufzufordern, „in Deutschland deutsch zu sprechen“. Diese in ganz Hohenstein durchgeführte Aktion ging so weit, dass das Sägewerk Orgassa & Rogatty sowie zwei Gutsbesitzer ihren Arbeitern unter Androhung von Geldbußen verboten, „in ihren Betrieben masurisch zu sprechen“. Die Aktion wurde von der Parteileitung „mit Freude begrüßt“, da sie zu einer „Bessinnung zu bewußtem Deutschtum“ führe.<sup>18</sup> Anhand solcher Maßnahmen lässt sich ablesen, dass Polnisch im preußisch-deutschen Masuren noch lebendige Umgangssprache war.

### Masuren im Zweiten Weltkrieg: Radikalisierung der NS-Germanisierungspolitik

Der Zweite Weltkrieg begann auch von masurischem Boden, denn für den deutschen Überfall auf Polen wurde Masuren als Aufmarschgebiet ge-

<sup>16</sup> Archiwum Instytutu Północnego im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie [Archiv des Wojciech-Kętrzyński-Nordinstituts in Allenstein] (hiernach: AIPO), R 724/18, Tiska an Kreisgruppe BDO Neidenburg, Ortelsburg, 5. März 1936, und Tiska an Gauinspektor Turowski, Ortelsburg, 1. April 1936.

<sup>17</sup> AIPO, R 724/18, BDO-Kreisleiter Hoffmann an Untergruppe Allenstein, Sensburg, 5. Juni 1938.

<sup>18</sup> Lehrer Schröder an BDO-Untergruppe Allenstein, Hohenstein, 23. November 1937, in: EMILIA SUKERTOWA-BIEDRAWINA, Materiały do dziejów walki hitlerowców z ruchem polskim na Mazurach i Warmii w latach 1933–1939, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1967, Nr. 1/2, S. 157–188, hier S. 174 f.

nutzt. Bevor jedoch die sowjetische Armee an die Grenzen Ostpreußens vorstieß, sah sich Masuren nur mit mittelbaren Kriegsauswirkungen konfrontiert, wie zum Beispiel der Einberufung der männlichen Bevölkerung, die besonders die landwirtschaftlichen Familienbetriebe traf, Lebensmittelrationierung, einer steigenden Kriminalität und dem Kontakt zu ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.<sup>19</sup>

Nach dem deutschen Überfall auf Polen und der Besetzung des Nachbarlandes erfolgte durch einen Führererlass vom 8. Oktober 1939 eine umfangreiche territoriale Neuordnung, die Polen als Staatswesen eliminierte. Das Soldauer Gebiet wurde wieder Teil des Kreises Neidenburg. Anlässlich eines Besuchs von Reichinnenminister Frick wurde die „Befreiung“ und „Heimkehr“ Soldaus (Działdowo) gefeiert.<sup>20</sup> Neben der Errichtung der Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen erfolgte mit Wirkung vom 26. Oktober 1939 die Erweiterung der Provinz Ostpreußen auf die nordmasowischen Kreise Polens.

Die administrative Erweiterung Ostpreußens ging auf die Initiative Erich Kochs zurück, der seinen Machtbereich ausweiten wollte. Die annexierten polnischen Gebiete Masowiens waren deckungsgleich mit den alten Herkunftsgebieten der Masuren. Daher waren die grenznahen polnischen Kreise durch Grenzhandel, Schmuggel und rudimentäre familiäre Bande noch im Bewusstsein der masurischen Bevölkerung verankert. Zwar entstanden mit der Übernahme der Deutschen Gemeindeordnung deutsche Verwaltungsstrukturen, doch besaßen die polnischen Gebiete einen polizeilichen Sonderstatus, der ein Passieren über die alte Reichsgrenze erschwerte.

Nachdem die unmittelbaren Grenzkreise seit September 1939 durch masurische Landräte provisorisch verwaltet worden waren, übernahmen 1940 altgediente Parteimitglieder diese Ämter.<sup>21</sup> Ihnen oblag die Vorbereitung zur Ansetzung umgesiedelter Deutscher aus dem sowjetischen Machtbereich. Ihre Aufgabe sei es, so Koch in einem Schreiben an den Reichsinnenminister, das „Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen so zu regeln, dass in erster Linie die volkspolitischen Aufgaben im

<sup>19</sup> Alltag in Ostpreußen 1940–1945, hg. v. CHRISTIAN TILITZKI, Leer 1991, S. 59–61.

<sup>20</sup> Die Stadt Soldau im Wechsel der Geschichte, in: Allensteiner Zeitung, 2. September 1940.

<sup>21</sup> Vgl. BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, Uwagi o obsadzeniu stanowisk landratów w rejencji ciechanowskiej, in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie, 1999, H. 1, S. 73–83.

Sinne des Führers“ gelöst würden.<sup>22</sup> Der Gumbinner Regierungspräsident Herbert Rohde schlug bereits im Oktober 1939 vor, das Suwalki-Gebiet in die Provinz Ostpreußen einzugliedern und nach der Deportation „polnischer und jüdischer Elemente“ deutsche Bauern anzusiedeln.<sup>23</sup>

Nach der Zerschlagung Polens bestand formal keine *polnische Gefahr* mehr, ein Terminus, der seit der Wilhelminischen Zeit in der preußisch-deutschen Argumentation immer wieder als Legitimation für eine entschiedene Germanisierungspolitik benutzt wurde. So konnten die NS-Behörden nun ohne politische Rücksichtnahmen an die endgültige Eliminierung der polnisch-masurischen Wurzeln der einheimischen Bevölkerung gehen. Am 24. November 1939 erließ der Allensteiner Regierungspräsident ein Verbot der polnischen Sprache im Gottesdienst.<sup>24</sup> 1939 erfolgte die Verhaftung vieler polnischer Masurenfunktionäre im deutschen Teil Masurens einschließlich des Soldauer Gebiets. Einigen gelang die Flucht in den polnischen Untergrund, die Mehrzahl wurde wegen Hochverrats in Konzentrationslager und Gefängnisse deportiert. Der Soldauer Arno Kant starb 1939 an Misshandlungen, der Bruder des Schriftstellers und Aktivisten Karol Małek, Robert, wurde 1939 bei Soldau erschossen. Otto Scharkowski starb in einem Zuchthaus, der Führer der polnischsprachigen pietistischen Gromadki-Bewegung Reinhold Barcz wurde wegen Hochverrats 1942 in Berlin-Moabit enthauptet.<sup>25</sup> Durch die Zerschlagung der polnisch-masurischen Organisationen sollte die *Germanisierung* Masurens ohne störende Gegenwehr polnischer Minderheitenverbände vollendet werden.

Doch kam es trotz radikaler Einschnitte in das masurische Leben zu einem unvorhergesehenen Phänomen: einer Renaissance der polnisch-masurischen Sprache. Ein Geheimdokument vom 5. Januar 1940 griff diese Thematik auf und erörterte darin Perspektiven der deutschen Masurenpolitik. Hier offenbart sich die Bereitschaft zur physicalen Liquidierung polnischer Sympathisanten. Der BDO-Vorsitzende Ostpreußen-Süd,

<sup>22</sup> Bundesarchiv (hiernach: BA), R 1501/8234, Oberpräsident Koch an RMI, Königsberg, 23. Januar 1940, Betr. Besetzung der Landratsstellen im Reg.-Bez. Zichenau. In Mława (Mława) war Paul Funk Landrat, ein Bruder des Reichswirtschaftsministers.

<sup>23</sup> BA, R 1501/5407, Vorschlag für die Verwaltung des Suwalki-Gebiets, Regierungspräsident Gumbinnen, Oktober 1939.

<sup>24</sup> AIPO, R-725/VII/6, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd an Rp/Stapo/SD/Landrat Poser/BDO-Bundesleitung, Allenstein, 11. Januar 1940, Betr. Auswirkung des Verbots der polnischen und masurischen Gottesdienste. Verfügung der Staatspolizei vom 24. November 1939.

<sup>25</sup> KOSSELT, Preußen, Deutsche oder Polen, S. 260–263, 288–298.

Hans Tiska, übermittelte aufgrund eines Berichts des Ortelsburger Landrats von Poser ein Memorandum an den Allensteiner Regierungspräsidenten Schmidt, in dem in schonungsloser Offenheit die Pläne der NS-Verwaltung formuliert wurden.<sup>26</sup> Im Gegensatz zur Vorkriegszeit habe das „masurische Problem seine außenpolitische Bedeutung verloren“, auch sei der „Charakter als ausgesprochenes Grenzland“ verschwunden, doch sei durch die engere Anbindung des polnischen Regierungsbezirks Zichenau sowie die Anwesenheit von Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen eine „masowische Einheit“ wiederhergestellt. Dadurch drohe dem masurischen „Volkstum“ Gefahr. Ohne Umschweife wurde Masuren weiterhin als „fremdvölkisches Einbruchsgebiet“ bezeichnet. Die Masuren hätten „noch etwas Unfertiges und Unausgeglichenes“ und seien offenkundig noch keine „Blutsdeutschen“, sondern nur „Kulturdeutsche“. Aufgrund dieses „Fremden“ zeigten die Masuren „Symptome einer wenig gefestigten völkischen Haltung“.

Tiska berichtete von einer schnellen „Verbrüderung“ zwischen Masuren und Polen, insbesondere bei den ehemaligen Sympathisanten der polnischen Masurenbewegung. Daher forderte er, „im Zuge der großen Neuordnung der Verhältnisse im Osten auch eine endgültige Generalbereinigung“ vorzunehmen, indem alle „verkappten Polengänger“ in eine „Umsiedlungsaktion“ der Reichsbauernschaft einbezogen werden sollten. Ferner plädierte er für eine härtere „Gangart“ gegen die polnische Sprache. Zu diesem Zweck plante der BDO eine Aktion gegen deren öffentlichen Gebrauch. Daher solle, entgegen früherer Postulate, „für masurisch ruhig polnisch“ gesagt werden, um „den Charakter des Undeutschen und Volksfremden stärker hervorzuheben und damit aus psychologischen Gründen an die antipolnische Grundhaltung der Bevölkerung zu appellieren“. Auch seien die Masuren sprachlich vielfach kaum in der Lage, fließend auf Deutsch zu kommunizieren. Der ländlichen Bevölkerung falle es noch schwer, politischen Versammlungen zu folgen, da vielfach die Deutschkenntnisse noch nicht ausreichten.<sup>27</sup>

Tiska betonte in dem Dokument ausdrücklich, dass das Masurische die „allgemeine Umgangssprache der ländlichen Bevölkerung“ sei und fast die Hälfte der städtischen Einwohnerschaft Polnisch beherrsche: „An Wo-

---

<sup>26</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, Hans Tiska an Rp. Allenstein, 8. Februar 1940. Zugrunde lag ein Bericht Posers vom 5. Januar 1940 und ein Gespräch mit Oberregierungsrat Leick, Betr. Das sogenannte masurische Problem.

<sup>27</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

chenmärkten, mag es in Ortelsburg, Johannisburg (Pisz), Lyck (Ełk) oder Treuburg (Olecko) sein, glaubt der fremde Besucher auf Grund der Umgangssprache mitten im tiefsten Polen zu sein.“<sup>28</sup> Diese nur für den internen Dienstgebrauch getroffene Feststellung Anfang 1940 führt weiter zur Verbreitung der polnischen Sprache aus:

„Sie [die masurische Bevölkerung] spricht zu Hause, auf dem Arbeitsplatz, auf der Straße, im Gasthaus und überall da, wo man unter sich ist, das Polnische bzw. das Masurische und daneben dort, wo es notwendig ist, das Deutsche als die Sprache der Behörden, der Schulen, der Institutionen und der sogenannten ‚besseren‘ Leute.“<sup>29</sup>

Dem Memorandum ist ein Anhang angefügt, in dem BDO-Verbindungsleute aus verschiedenen Teilen Masurens über den Verbreitungsgrad der polnischen Sprache berichten. Aus Lipinsken (Lipińskie, Seebrücken), Kreis Lyck, hieß es, dass die Dorfbewohner „auf der Straße und im Gaste-  
hause polnisch“ sprächen.<sup>30</sup> Aus Lyck berichtete der Vertrauensmann:

„Wenn die Stapo erfreulicherweise das Abhalten von masurischen Gottesdiensten kurzerhand verbot, und damit eine müßige Streitfrage mit einem Schlag aus der Welt schaffte, so wäre es m. E. ebenso möglich und nötig, von amtlicher Seite die Benutzung der polnischen Sprache zu verbieten. [...] Auf dem Markt wird noch immer vorwiegend polnisch gesprochen.“<sup>31</sup>

Durch Himmler wurde bereits am 9. Februar 1940, nur einen Tag nach Abfassung des obigen Memorandums, in den „Meldungen aus dem Reich“ der zunehmende polnische Sprachgebrauch in Masuren und Oberschlesien gemeldet.<sup>32</sup> Einige Wochen später erschien die Mitteilung, dass „volks-  
politisch gefährdete Gebiete“, wie Oberschlesien und Masuren, „durch den Einsatz von polnischen Kriegsgefangenen und Zivilarbeitern in ihrer

<sup>28</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

<sup>29</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

<sup>30</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940.

<sup>31</sup> AIFO, R-724/18, BDO-Bezirksverband Ostpreußen Süd, Memorandum, 8. Februar 1940, Anhang: Stimmen zur Sprachenfrage. Aus Meldungen der letzten Wochen.

<sup>32</sup> BA, R 58/158, Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Berlin, 9. Februar 1940. Dieses Dokument nahm besonders Bezug auf die oberschlesischen Verhältnisse, die auf Masuren in vielen Punkten ebenfalls zutreffen. Weiter wurde berichtet, dass uniformierte Wehrmachtssangehörige untereinander polnisch sprachen; ebenso die Schuljugend, die im Elternhaus nur polnisch sprach.

gesinnungsmäßigen Haltung bereits deutlich sichtbar negative Einwirkungen erfahren haben“. Unter diesen Auswirkungen wurde vor allem die Zunahme des Gebrauchs der polnischen Sprache in Masuren verstanden.<sup>33</sup>

Auch Landrat von Poser betonte am 21. Februar 1941 in Chorzenellen (Chorzele) im Regierungsbezirk Zichenau die weitgehende Verbreitung des Polnischen im Kreis Ortelsburg. Die 2.000 polnischen Zwangsarbeiter im Kreisgebiet führten zu einem „vermehrten Gebrauch der masurischen Sprache“.<sup>34</sup> Diesen internen Einschätzungen folgten jedoch konkrete Verfolgungen. So wurde bereits Anfang 1940 eine größere Anzahl ostpreußischer Frauen wegen verbotenen Umgangs mit Kriegsgefangenen zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt.<sup>35</sup> Sowohl Wachleute als auch die Zivilbevölkerung erwiesen den polnischen Kriegsgefangenen Gastfreundschaft, so dass dieses „undeutsche“ Verhalten ständig in den Berichten der obersten Justizbehörden Ostpreußens Erwähnung fand. In den Kreisen Lötzen und Lyck wurden mehrfach Verstöße gegen die Verordnung vom 25. November 1939 registriert.<sup>36</sup> Um „die sprachlichen Bindungen“ zwischen Masuren und Polen zu unterbrechen, forderten die Behörden den verstärkten Einsatz belgischer und französischer Kriegsgefangener.<sup>37</sup>

Mit aller Härte verfolgten nun die deutschen Ämter seit Kriegsbeginn die polnische Sprache. Dabei beschränkten sie sich nicht mehr auf interne Einschätzungen, sondern traten auch an die Öffentlichkeit. In unmissverständlicher Deutlichkeit forderte der bereits eingangs zitierte „Masurische Volkskalender“ 1941 die Beseitigung aller polnisch-masurischen Spuren. Den Masuren selbst wurde die Schuld gegeben, sie hätten den künstlichen Begriff „masurisch“ Anfang des 20. Jahrhunderts eingeführt, um sich von Polen zu distanzieren.

<sup>33</sup> BA, R 58/158, Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei, Berlin, 28. Februar 1940: Volks- und rassenpolitische Gefahren des Einsatzes von polnischen Arbeitern im Reich.

<sup>34</sup> VICTOR VON POSER, Ein Leben lang in Ortelsburg, in: Ortelsburger Heimatbote, 1993, S. 52–56, hier S. 53. Zur Frage der Zwangsarbeiter, insbesondere der Polen, in Masuren vgl. BOHDAN KOZIELŁO-POKLEWSKI, Zagraniczni robotnicy przymusowi w Prusach Wschodnich w latach drugiej wojny światowej, Warszawa 1977, S. 186–194.

<sup>35</sup> Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 53.

<sup>36</sup> Es handelte sich um die Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des Deutschen Volkes. Vom 25. November 1939, in: Deutsches Reichsgesetzblatt I (1939), Nr. 238, S. 2319. Vgl. Dokument Nr. 2: Bericht des Generalstaatsanwalts vom 8. Februar 1940, in: Alltag in Ostpreußen 1940–1945, S. 103 f.

<sup>37</sup> Dokument Nr. 6: Bericht des Generalstaatsanwalts vom 9. Juni 1940, in: Ebd., S. 113.

„Um diesem Argument – die Menschen sind polnisch, weil sie polnisch sprechen – die Spitze abzubiegen, erfand das Volk [die Masuren] für diesen Dialekt die Bezeichnung ‚masurische Sprache‘. Die Zeit für derartige Halbwheiten ist jedoch jetzt endgültig vorbei. Wir brauchen klare Fronten, sonst kommt der Gleichgültige wieder mit der Ausrede: Laß mir doch meine ‚masurische‘ Muttersprache! ‚Masurisch‘ gibt es nicht, Polnisch oder Deutsch, das ist die Frage [...] Wer jetzt noch glaubt, sich im täglichen Leben gehen lassen zu dürfen und Polnisch zu reden, gehört nicht mehr zu uns.“<sup>38</sup>

In schonungsloser Offenheit legten die Behörden während der Kriegsjahre ein Masurenbild offen, das alle bisherigen deutschen Bemühungen im Rahmen der „Volks- und Kulturbodenkonzeption“, den „Willen“ der Masuren höher zu gewichten als ihre ethnische Polonität, konterkarierte. Nun gab es also kein „Masurisch“ mehr, sondern nur noch „Polnisch“, um den „volksfremden“ Charakter zu unterstreichen. Darin kam die Ungeduld der NS-Germanisierungspolitik gegenüber dem immer noch ungelösten Problem der polnischen Sprache in Masuren zum Ausdruck, wodurch der Assimilierungsdruck noch einmal verstärkt wurde.

Um jedoch eine Diskriminierung innerhalb der Wehrmacht zu unterbinden, wurde für Offiziere ein besonderes Merkblatt zur Behandlung von „Rekruten nichtdeutscher Volksgruppen“ herausgegeben, das besonders die Masuren herausstellte. Trotz ihrer „undeutsch klingenden Namen“ sollten keine „Rückschlüsse auf die Gesinnung ihrer Träger“ gezogen werden und die „entehrendste Beschimpfung“ sei für sie, „Polack“ genannt zu werden.<sup>39</sup> Gauleiter Koch sah sich aufgrund anhaltender Diskriminierungen der Masuren durch Deutsche im September 1941 veranlasst, Reichs- und Landesbehörden energisch darauf hinzuweisen, dass die Masuren nicht als „Fremdvölkische“ zu bezeichnen seien, wie es zum Beispiel vom Regierungspräsidium Arnsberg getan werde.<sup>40</sup>

Mehrmals erschienen konkrete Hinweise auf Planungen, masurische Bauern in die nordmasowischen Gebiete umzusiedeln. Deswegen kam es zu ernsten Auseinandersetzungen zwischen dem ostpreußischen Gauleiter Erich Koch und dem Reichsführer-SS Heinrich Himmler, der noch im Juli 1943 von einer Besiedlung des Regierungsbezirks Zichenau durch

<sup>38</sup> Masurisch oder polnisch?, S. 63. Dabei erwähnt der Verfasser auch den Einfluss der polnischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter.

<sup>39</sup> BA, R 153/1649, „Rekruten nichtdeutscher Volksgruppen. Volkspolitisches Merkblatt für Offiziere der Wehrmacht“, undatiert.

<sup>40</sup> BA, R 153/547, Volkspolitischer Bericht Nr. 1 des RMI, Berlin, 3. September 1941, Stellungnahme des Gauleiters Ostpreußen.

deutsche Umsiedler aus dem sowjetischen Herrschaftsbereich Abstand nahm, da Koch „diesen Raum mit ostpreußischen Bauern“ besiedeln wollte. Allen Söhnen, denen die Primogenitur nicht zuteilwurde, sollte ein eigener Hof ermöglicht werden, um so eine ausgeglichene Agrarstruktur zu schaffen.<sup>41</sup>

Wissenschaftliche Stellen beteiligten sich ebenfalls an der Neukonzeption der NS-Raumordnungspolitik in Nordmasowien. So sah die von Theodor Schieder geleitete „Landesstelle Ostpreußen für Nachkriegsgeschichte“ die „Erforschung der geschichtlichen und politischen Struktur“ der Gebiete als Aufgabe mit höchster Priorität an.<sup>42</sup> Was in Masuren und anderen Teilen Ostpreußens bereits 1938 vollendet worden war, stand nun in den annexierten Gebieten an: die Germanisierung der polnischen Ortsnamen. Zu Klärung dieser Frage kamen im Mai 1940 beim Oberpräsidenten Vertreter wissenschaftlicher Institutionen zusammen, unter anderem der Direktor des Königsberger Staatsarchivs Max Hein, Archivrat Kurt Forstreuter sowie Oskar Eugen Kossmann.<sup>43</sup> Der BDO empfahl im Dezember 1940, alle öffentlichen Darstellungen über Masuren, Kaschuben, Oberschlesier, Schlonsaken und Wenden zu unterlassen.<sup>44</sup> Mit dieser Maßnahme sollte die Existenz ethnischer Minderheiten im Deutschen Reich aus dem Bewusstsein verschwinden.

### Resümee

Nach 1939 gaben die NS-Behörden ihre wahre Meinung über die Masuren preis. Mit der Eroberung und Annexion Nordmasowiens entfielen alle Hemmungen, gleichzeitig befürchtete man eine neue *masowische Einheit* zwischen Masuren und dem polnischen Nordmasowien. Im Gegensatz zur Vorkriegspropaganda wurde der nichtdeutsche Charakter des polnisch-masurischen Idioms nachhaltig unterstrichen, was den Konformitätsdruck bei den Masuren deutlich erhöhen sollte. Mit Hilfe dieses

<sup>41</sup> BA, NS 19/3607, Reichsführer SS und Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums an Oberpräsident und Gauleiter Koch, Berlin, 7. Juli 1943, Betr. Ansiedlung von Umsiedlern im Reg.-Bez. Zichenau.

<sup>42</sup> BA, R 153/1196.

<sup>43</sup> BA, R 153/797, Bericht über die Besprechung im Oberpräsidium Königsberg vom 30. Mai 1940, Betr. Ortsnamensänderungen in den neuen ostpreußischen Gebieten.

<sup>44</sup> BA, R 153/537, RMI, Berlin, 31. Dezember 1940; zuvor BDO an RMI, Berlin, 11. Dezember 1940.

starken psychologischen Druckmittels versuchte die NS-Germanisierungspolitik, den Assimilierungsprozess deutlich voranzutreiben. Ebenfalls wird jedoch die ungeschönte Einschätzung der deutschen Behörden deutlich. Für sie waren die Masuren keine ethnischen Deutschen. Selbst nach einer Jahrzehntelangen Germanisierungspolitik, einer loyalen und überaus deutschfreundlichen Haltung wurden die Masuren als *nationale Zwischenschicht* betrachtet, der im Krisenfall nicht zu vertrauen sei. Hier dokumentierte sich in der internen Einschätzung eine Kontinuität aus der Vorkriegszeit.

Ein Brief des ostpreußischen Oberpräsidenten Erich Koch an das Preußische Innenministerium vom 15. Juni 1937 unterstrich, dass trotz einer Feststellung, wonach in Masuren „die Doppelsprachigkeit und die nichtdeutsche Muttersprache [...] nicht als Kennzeichen fremden Volksstums anzusehen“ seien, die Gefahren, die von der masurischen Zweisprachigkeit ausgingen, nicht unterschätzt werden dürften. Weiter führte Koch aus:

„Eine unbedingt nationalpolitische Zuverlässigkeit der zweisprachigen Bevölkerung in Masuren ist jedoch nicht anzunehmen, wie es das Beispiel des Kreises Soldau beweist. [...] Mithin sind sämtliche masurische Kreise als nationalpolitisch gefährdet anzusehen.“<sup>45</sup>

Der Überfall auf Polen und die Annexion großer Teile Nordmasowiens im Regierungsbezirk Zichenau stellte die gesamte Masurenpolitik vor 1939 auf den Kopf. Nunmehr drohte – um in der Logik der Behörden bis Kriegsbeginn zu argumentieren – erneut eine *polnische Gefahr* – die jedoch von den NS-Machthabern selbst geschaffen worden war. Mit der Erweiterung der Region Ostpreußen durch die Annexion und angestrebte Kolonialisierung weiter polnischer Gebiete kam die sprachlich-ethnische Zugehörigkeit der Masuren erneut auf die Tagesordnung. Seit 1939 erfuhr die deutsche Masurenpolitik deshalb, ausgelöst durch die eigene Besatzungspolitik im Regierungsbezirk Zichenau, eine letzte, radikale Zuspitzung.

Sie verdeutlicht damit exemplarisch, dass Krieg und Besetzung auch auf dem Reichsgebiet direkte politische Auswirkungen hatten. Weitere Forschungen zu den Wechselbeziehungen zwischen den angegliederten Gebieten und ihren „Muttergauen“ könnten durchaus neue Erkenntnisse zutage fördern.

---

<sup>45</sup> Oberpräsident Ostpreußen an RMI, Königsberg, 15. Juni 1937, Betr. Verhältnis der Muttersprache zur Volkstumszugehörigkeit, in: PAWEŁ SOWA, Tropem spadkobierców Hakaty, Warszawa 1979, S. 153 f.